



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Nr. 1-2 / 1977

12. Jahrgang

VDFP-Bundesdelegiertentag 1976

Bericht von Adolf Weidle, BV Nordwürttemberg

Heftige Proteste gegen die außerordentlichen Rationalisierungsmaßnahmen im Fernmeldewesen und gegen die ständige Verzögerung der Neuordnung von Tätigkeiten zu den Laufbahnen gaben dem Bundesdelegiertentag der VDFP, der vom 24. bis 26. 11. 1976 in Frankfurt a. M. stattfand, das Gepräge.

Bei der Eröffnungsveranstaltung, in deren Mittelpunkt das Hauptreferat von MinR Lange (BPM) stand, waren folgende Herren als Ehrengäste anwesend:

Dipl.-Ing. Staab, Präsident der OPD Frankfurt; Dipl.-Ing. v. Jasienicki, Unterabteilungsleiter 2a der OPD Frankfurt; Dipl.-Ing. Goedecke, Vizepräsident des FTZ Darmstadt; Dipl.-Ing. Hertel, Vertreter des Bundesrechnungshofes; Johannes Minde, Vorsitzender des DPV; Berthold Klemm, Vertreter des DPG-Hauptvorstandes; Ing. grad. Jakob Weber, AV des FZA Heusenstamm und Vertreter des VDPI; Ewald Bergk, stellv. Vorsitzender des BzPersR bei der OPD Frankfurt; Dr. Heinz Riesenhuber, MdB (CDU); Karsten Voigt, MdB (SPD); Dipl.-Ing. Burghart, AV des FA 1 Frankfurt; Dipl.-Ing. Seibold, AV des FA 2 Frankfurt; Dipl.-Ing. Moock, AV des FA 3 Frankfurt; Dipl.-Ing. Lorenz, AV des TA Frankfurt; Ing. grad. Theo Albrecht, AbtL 5 B beim FA 1 Frankfurt, Sohn des verstorbenen VDFP-Ehrenvorsitzenden Franz Albert.



Mehr als 100 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet und aus Westberlin reagierten mit scharfer Kritik auf die ungerechtfertigten Personaleinsparungen im mittleren technischen Dienst der Deutschen Bundespost. Sie stellten fest, daß die bisherigen und noch laufenden Rationalisierungsmaßnahmen einer ausgesprochenen Arbeitsplatzvernichtung gleichkommen. Die Delegierten forderten für die Zukunft eine umfangreichere Beteiligung der Betroffenen schon vor der Planung von Personalreduzierungen, bei der Änderung von Arbeitsorganisations-Richtlinien sowie bei Tätigkeitsabgrenzungen zwischen den Laufbahnen.

Aus den von den Bezirksvereinigungen eingereichten 43 Anträgen ergab sich über die zwei zur Verfügung stehenden Tage hinweg genügend Anlaß zu lebhaften Diskussionen. Mit den Beschlüssen der Delegierten konnte dem Bundesvorstand ein breites Tätigkeitsfeld für die nächsten Jahre übermittelt werden.

Karl Fischer konnte bereits im Mai 1976 auf eine zehnjährige Amtszeit als Bundesvorsitzender der VDFP zurückblicken. Aus diesem Anlaß ließen ihm die Bezirksvorstände beim Bundesdelegiertentag als Erinnerungsgeschenk eine goldene Uhr überreichen.

Bei der Neuwahl des Bundesvorstandes verzichtete der bisherige stellv. Bundesvorsitzende Fred Busch (Hessen) auf seine Wiederwahl zugunsten einer Verlagerung seines Zuständigkeitsbereiches in den norddeutschen Raum.

Aus gesundheitlichen Gründen war es dem seitherigen Kassierer Helmut Hinkel leider nicht möglich, sich erneut zur Verfügung zu stellen.

Bundesvorsitzender Karl Fischer würdigte die Verdienste der beiden ausscheidenden Vorstandsmitglieder und sprach ihnen für ihre verantwortungsvolle Mitarbeit im geschäftsführenden Bundesvorstand den Dank der VDFP aus.

Ergebnis der Neuwahl des Bundesvorstandes:

Vorsitzender	Karl Fischer	Hessen
Vertreter	Paul Kutz	Hamburg
Vertreter	Andreas Damian	Rheinland
Schriftführer	Bernd-Peter Reimann	Hessen
Vertreter	Rudolf Klein	Hessen
Kassierer	Hermann Scheiterlein	Hessen
Vertreter	Kurt Wetzlar	Hessen
Beisitzer	Herbert Dissen	Rhein-Ruhr
	Johann Pletschacher	Nordwürttemberg
	Gerhard Huber	Nordbaden
	Fred Busch	Hessen
	Erwin Wehner	Hessen
	Erich Bourgett	Saarbrücken
Vertreter	Franz Roschkowski	Dortmund
	Harro Enzensberger	Südbayern

Allen Mitgliedern der VDFP und unseren Lesern wünschen wir ein erfolgreiches Jahr 1977.

Bundesvorstand und Redaktion

Eröffnungsansprache des VDFP-Bundesvorsitzenden

Die vergangenen zwei Jahre haben dem mittleren technischen Dienst der Deutschen Bundespost manche unangenehme Überraschung bereitet. Insbesondere wenn man davon ausgeht, daß vor vier Jahren auf dem damaligen Bundesdelegiertentag der VDFP ein Plan des Bundespostministeriums vorgestellt wurde, der eine Neuordnung der technischen Laufbahnen mit dem Ziel einer verbesserten Nachwuchsgewinnung vorsah. Doch nun sind die Beratungen zu dieser geplanten Neuordnung in eine Sackgasse geraten, aus der sie nicht so ohne weiteres wieder herauszuführen sein werden. Ein im vergangenen Jahr diesbezüglich erneut gestellter Antrag an den Bundesinnenminister war nicht mehr als eine ministerielle Rechtfertigung ohne jede Aussicht auf Erfolg.

Das Einführen modernster Techniken und die damit verbundenen veränderten Arbeitsabläufe erfordern eine Neuordnung der Tätigkeiten zu den Laufbahnen nach dem Gesichtspunkt, welche Vor- und Ausbildung, und welche Betriebserfahrung für die Erledigung bestimmter Aufgaben die geeignetesten sind, um die Arbeitsleistung kostengünstiger und effektiver gestalten zu können. Die VDFP steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß dies nur durch die Einführung einer Technikerlaufbahn möglich ist.

Die vor einigen Jahren noch mit großem propagandistischem Aufwand angeworbenen Lehrlinge sollten nach ihrer Ausbildung schon bald in den mittleren technischen Dienst übernommen werden, um sie hier auf entsprechenden Dienstposten zu beschäftigen. Statt dessen muß heute ein Teil dieser ausgebildeten Fernmeldehandwerker im Postdienst Tätigkeiten wahrnehmen, die ihrer Ausbildung nicht entsprechen. Die Verwaltung fühlt sich sicher aus guter Absicht heraus zu dieser Maßnahme veranlaßt, damit diesen jungen Kollegen in der heutigen Situation wenigstens ein Arbeitsplatz erhalten bleibt, wenn schon keine fachgerechte Unterbringung als möglich erscheint.

So schnell hat sich die Beschäftigungslage im unteren Laufbahnbereich des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes geändert. Aber, hat sich das tatsächlich so verändert oder ist diese Veränderung willkürlich herbeigeführt worden? Vor vier Jahren ergab die Personalbedarfsprognose für das Ende der 70er Jahre noch etwa 80 000 Kräfte im mittleren fernmeldetechnischen Dienst. Und nach den heutigen Berechnungen sollen es kaum mehr als noch 30 000 Kräfte sein? Hier scheint uns das Vertrauen in Personalbedarfsprognosen doch erheblich strapaziert zu werden.

Im Fernmeldebereich hat die Deutsche Bundespost genügend Arbeit für ihre ausgebildeten Fachkräfte. Jedoch werden unverständlicherweise große Aufträge an Privatunternehmen vergeben, wie z. B. das Einrichten von Fernsprechhauptanschlüssen, von Telex- und Datenübertragungsanschlüssen und ähnlichem mehr. Aber nicht nur hier, sondern auch beim Ämterausbau sowie bei der Instandsetzung und der Erweiterung ihres Kabelnetzes könnte die Deutsche Bundespost die anfallenden Arbeiten von ihren eigenen Kräften ausführen lassen, jedenfalls zu einem weit größeren Anteil, als dies zur Zeit der Fall ist. Außerdem ließen sich diese Aufträge dann noch weit kostengünstiger gestalten und die Arbeiten würden

in manchen Bereichen auch fachgerechter verrichtet werden.

Die Deutsche Bundespost wird auf dem Sektor Fernsprech-Nebenstellenanlagen immer mehr aus dem Geschäft gedrängt. Es wird aber nichts dagegen unternommen, um diese Abwanderung von Kunden zu stoppen und es wird schon gar nichts unternommen, um neue Kunden zu gewinnen. Ein Unternehmen wie die Deutsche Bundespost müßte doch die Gründe für eine Kundenabwanderung eingehend untersuchen, um sich an die neue Situation anpassen zu können. Oder sind wir als Verwaltung immer noch zu schwerfällig, um sich veränderten Marktverhältnissen rechtzeitig anzugleichen? Die Kollegen von der Fernsprechentstörung, die mit den Kunden täglich in Kontakt kommen, könnten hierzu manche überraschende Erklärung abgeben! Wir fordern daher insbesondere für die Aufsichten in der Fernsprechentstörung die Beteiligung am Beratungsdienst und an der Kundenwerbung für Fernsprech-Nebenstellenanlagen.

Das Kabelfernsehen kündigt sich an und wir erwarten von unserer Unternehmensleitung, daß sie sich mit aller Kraft für die Gewinnung dieses neuen Tätigkeitsfeldes einsetzt und unser Unternehmen nicht ausschließlich als Versuchslaboratorium zur Verfügung stellt. Oder unterliegt die Deutsche Bundespost dem Druck der Privatindustrie, immer mehr lukrative Dienstzweige aus dem Bundesdienst herauslösen zu lassen?

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang die Auffassung eines Mitgliedes des Postverwaltungsrates, das im Deutschen Fernsehen feststellte: „Diese Deutsche Bundespost verkauft sich schlecht!“ Man darf gespannt sein, welche Erkenntnisse diese Deutsche Bundespost aus derartigen Äußerungen gewinnen wird. Sie hat doch in ihrer Werbung auf dem Sektor Fernmeldedienste — mit ihrem qualifizierten und leistungswilligen Personal — wahrhaftig mehr anzubieten, als nur „einen Telefonapparat mit einem roten Schleifchen“!

In den oberen Bereichen der mittleren technischen Laufbahnen haben die radikalen Kürzungen der Bemessungswerte, die den Wegfall von etwa 11 000 Dienstposten bedeuteten, und die völlig ungerechtfertigte Freisetzung von BfT-Beamten, die bisher im CfT-Bereich beschäftigt waren, zu Unterbringungsschwierigkeiten geführt. Durch den leistungsfeindlichen festen Stellenschlüssel kommt es auf Jahre hinaus zu erheblichen Einschränkungen der Beförderungsmöglichkeiten.

Den Beamten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes wird heute gewissermaßen zum Vorwurf gemacht, sie hätten mit wesentlich weniger Personal, als es die Personalbedarfsberechnung vorsah, die Tätigkeiten ausgeführt, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig waren. Daß dabei vieles nicht den Vorschriften entsprechend auszuführen war und nur das Notwendigste an Pflege- und Überholungsarbeiten verrichtet werden konnte, wird heute völlig außer acht gelassen. Aber eines kann nicht unerwähnt bleiben, auch wenn wir gelegentlich der Selbstüberschätzung bezichtigt werden: Diese Kollegenschaft hat in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten für die Deutsche Bundespost mehr getan, als man schlechterdings von ihr verlangen konnte!

Bei dem dringend Notwendigsten wurde nie darauf geachtet, um wessen Tätigkeiten es sich dabei handelte. Um die eigenen, um die eines nichtvorhandenen Kollegen oder gar um solche der nächsthöheren Laufbahn. Die sogenannten laufbahnfremden Tätigkeiten wurden von zur Verfügung stehenden leistungswilligen und leistungsfähigen BfT-Beamten wahrgenommen, die nun nach dem Motto: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“, in die Wüste geschickt werden. Die der Deutschen Bundespost auferlegte Umschichtung oder auch teilweise Abbewertung von 500 Dienstposten CfT nach BfT — alles Dienstposten, deren Tätigkeiten seit vielen Jahren vom BfT-Personal wahrgenommen worden sind — hat uns bis heute außer Absichtserklärungen nichts gebracht.

Die in den letzten 20 Jahren derart praktizierte Aufgabenzuteilung, unter Außerachtlassung veralteter Laufbahnschranken demjenigen die Tätigkeiten zuzuweisen, der dafür die geeignetste Ausbildung und die größere Berufserfahrung besitzt, hat sich doch bewährt und die Arbeitsleistungen wesentlich effektiver gestaltet. Anstatt den so organisch gewachsenen Tätigkeitsbereich weiterhin ungeteilt bestehen zu lassen und ihn als Modell zu vervollkommen, errichtet die Verwaltung nun wieder eine unüberwindliche Mauer zwischen den Laufbahnen des mittleren und des gehobenen technischen Dienstes. Völlig ignoriert wird dabei die Tatsache, daß die Stellenbündelung A 9 / A 10 schon seit geraumer Zeit aufgehoben worden ist.

Wir fordern deshalb die sofortige Aufschlüsselung der Tätigkeiten aus der bisherigen Stellenbündelung A 9/A 10, damit die Tätigkeiten A 9 der Laufbahn des mittleren technischen Dienstes zugewiesen werden können. Es kann doch niemand dafür Verständnis erwarten, daß Tätigkeiten, die bis vor kurzem noch nach A 9 bewertet wurden, heute nach A 10 bezahlt werden.

Den verbesserten Einstieg der Ingenieure in A 10 haben wir sehr begrüßt, sehen wir doch darin endlich eine Anerkennung der Berufsausbildung, die dem mittleren technischen Dienst immer noch vorenthalten wird. Berufsausbildungen sind mit Schulabschlüssen eben nicht vergleichbar; diesen alten Zopf sollte man endlich einmal abschneiden. Ein verbesserter Einstieg ist aber auch mit Konsequenzen verbunden. Eine davon ist nämlich die Abgabe von Tätigkeiten, die wegen des Zuordnungssystems dann nicht mehr zu der Laufbahn gehören können. Alle Tricks, sich da herausreden zu wollen, wirken reichlich unverständlich, wenn man unser Bewertungssystem, in Bezug auf seine Gerechtigkeit, nicht ganz auf den Kopf stellen will.

Im Ergebnisbericht zu ihrer Repräsentativumfrage '74 hat die VDFP die Dienstposten zusammengestellt, die für eine Umschichtung von CfT nach BfT in Frage kommen. Das sind alles Dienstposten, deren Tätigkeiten seit vielen Jahren von Beamten des mittleren technischen Dienstes wahrgenommen worden sind. Man muß deshalb davon ausgehen, daß die Ausbildung und das Leistungsvermögen dieser Kräfte für die Erledigung der gestellten Aufgaben geeignet waren und noch sind. Diese aus der Praxis gewonnenen Erkenntnisse haben dann auch im Vergleich mit dem von Präsident Zech, OPD Hannover und Vizepräsident Feuerhahn, OPD Hamburg, erstellten Katalog zu 80 vH ihre Bestätigung gefunden. Amtlicher kann ein

Untersuchungsergebnis wohl nicht mehr anerkannt werden!

Die VDFP fordert deshalb, die Durchlässigkeit der Laufbahngrenzen und damit die Aufhebung des zur Zeit praktizierten Leistungsverbotes sofort zu verwirklichen. Das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Dienstrechtsreform sieht die Durchlässigkeit der Laufbahnen doch auch vor. Offenbar denkt aber niemand daran, dieses Vorhaben zu realisieren. Anscheinend werden solche Programme nur zum Vorzeigen erstellt und nicht zur Erfüllung! Welch' wunderliches Verhalten der Beteiligten.

Wegen des Personalmangels in den vergangenen Jahren konnten im Fernmeldedienst Qualitätseinschränkungen und Terminversäumnisse nicht vermieden werden. Die Folgen davon waren, daß z. B. manche Bundesbürger teilweise jahrelang auf die Einrichtung ihres Fernsprechanchlusses warten mußten. Die Verwaltung hat sogar Teilnehmern verschiedentlich Vergünstigungen wegen des schlechten Zustandes einzelner Fernsprechanlagen gewährt. Nur mit gut ausgebildetem, ausreichendem Personal läßt sich ein weiteres gewünschtes Ansteigen der Fernmeldedienste erreichen und dem Kunden gegenüber auch verantworten. Personalpolitische Maßnahmen, die an diesen Tatsachen vorbeigehen, mögen sich zwar kurzfristig als Erfolge im Haushalt der Deutschen Bundespost niederschlagen. Langfristig hingegen bleiben sie erfolglos. Für die Zukunft werden sie sich sogar als schädlich erweisen.

Die Rationalisierung, in den letzten Jahren als Allheilmittel der Personaleinsparung und der Kostenverminderung gepriesen, hat uns allen doch keinen humaneren Arbeitsplatz erbracht, sondern sie fordert vom Einzelnen immer mehr an Arbeitsleistung und Verantwortung. Dieser Zustand widerspricht doch wohl dem ursprünglichen Sinn des Wortes *r a t i o* vollkommen. Was uns die Verwaltung unter der Rationalisierung angeboten hat, ist wohl eher eine Arbeitsplatzvernichtungsaktion als eine Verbesserung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für das Personal. Rationalisierungen sollten, richtig gedeutet, allen Beteiligten Vorteile bringen. Dem Kunden, der Verwaltung und auch den Beschäftigten. Wir sehen Vorteile, jedoch bis jetzt nur für die Verwaltung. Und spätestens hier drängt sich uns immer mehr die Frage auf: Hat der Automat mehr Rechte auf einen Arbeitsplatz als der Mensch?

Wir wehren uns nicht nur aus eigenem Interesse gegen personalpolitische Maßnahmen oder Versäumnisse, weil sie dem mittleren technischen Dienst — gemeint sind hier der fernmeldetechnische, der posttechnische und der maschinentechnische Dienst — Nachteile aller Art gebracht haben, sondern auch deshalb, weil wir glauben, anderen damit zu helfen!

Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform

Aus dem Referat von MinR Lange (BPM)

Wir alle kennen die Kritik in der Öffentlichkeit am Beamtentum, am öffentlichen Dienst allgemein und die Schlagzeilen hierzu aus der Presse der letzten Monate. Aus der Sicht der Deutschen Bundespost können wir aber davon ausgehen, daß das Ansehen unserer Kräfte nach Umfrageergebnissen durchweg positiv beurteilt

wird. Wir können daher für uns in Anspruch nehmen, daß sich der allgemeine Unmut der Öffentlichkeit gegen den Staatsdiener nicht unbedingt auf das Personal der Deutschen Bundespost bezieht.

Dennoch darf man nicht vergessen, daß unser Personal — und hier ist auch insbesondere der mittlere technische Dienst zu erwähnen — das Image des Beamten der Deutschen Bundespost in der Öffentlichkeit entscheidend mitprägt. Außerdem lassen sich Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und auch des Einkommens in der Öffentlichkeit und im politischen Raum viel leichter durchsetzen, wenn das Verhalten unserer Beamten allgemein anerkannt wird.

Die mit dem Vorwurf des fehlenden Leistungsgedankens verknüpfte Forderung, Beamte sollten nicht mehr nach Zeitablauf befördert, sondern nach der Wertigkeit der von ihnen wahrgenommenen Funktionen bezahlt werden, ist für die Deutsche Bundespost bereits ein alter Hut. Denn bei uns ist mit einer Beförderung auch ein entsprechender Funktionswechsel verbunden. Was also andere in diesem Bereich erst schaffen wollen — eine Bewertung von Funktionen und eine darauf abgestützte Bezahlung —, ist bei der Deutschen Bundespost längst vorhanden und zwar in einer Form, die feiner ist als das, was man zur Zeit aus den Vorstellungen der übrigen Beteiligten erkennen kann.

Obwohl wir in einigen Punkten vielleicht schon entscheidende Elemente des Aktionsprogramms praktizieren, hat das BPM auch eine ganze Reihe Vorschläge bezüglich der Reform des öffentlichen Dienstrechts.

Die Dreiteilung unserer Beschäftigten in Beamte, Angestellte und Arbeiter ist beim besten Willen nicht mehr sinnvoll und zweckmäßig. Die Sachverhalte, die der unterschiedlichen Kategorisierung in Beamte und Tarifkräfte zugrunde lagen, sind, zumindest zu einem erheblichen Teil, längst überholt.

Die Anzahl der Besoldungsgruppen je Laufbahn sollte reduziert werden. Die jetzige Differenzierung ist, von der Schwierigkeit der Funktionen her, in vielen Fällen nicht mehr nachzuvollziehen. Auch bei analytischer Betrachtung ist zu erkennen, daß die Unterschiede in den Schwierigkeitsgraden zwischen den Besoldungsgruppen so gering geworden sind, daß man im Grunde genommen auf diese Differenzierung verzichten könnte.

Immer wieder wird über die Rationalisierungsfeindlichkeit der Stellenobergrenzen Klage geführt. Wir werden uns im Rahmen dieser Dienstrechtsreform bemühen, auch hier Erleichterung zu schaffen.

Ein weiterer Vorschlag des BPM ist die Möglichkeit, Leistungszulagen zu zahlen. Und zwar Leistungszulagen neben der normalen Besoldungsstruktur für die Übernahme einer höherwertigen Tätigkeit und auch bei überdurchschnittlichen individuellen Leistungen.

Und als letzten Punkt, der aber nur von der Reihenfolge und nicht von der Wertigkeit her am Schluß steht, die Neuordnung der Laufbahnen. Ich werde im Verlaufe meiner Ausführungen noch einmal darauf zurückkommen.

Es hat eine Studienkommission gegeben, deren Bericht Vorschläge enthält, die nach den Vorstellungen dieser Kommission im Rahmen einer umfassenden und systemverändernden Reform verwirklicht werden sollen. Dabei ist natürlich die Frage zu stellen, ob man eine solche Dienstrechtsreform auf einen Schlag in Angriff nehmen

kann. Ich bin der Meinung, man kommt nur über Teilreformen weiter. Und auch der Bericht der Dienstrechtskommission enthält ganz deutliche Ansätze für das Aufsplitten des Gesamtprogramms in einzelne Teilprobleme.

Die beiden wesentlichen Tendenzrichtungen in der Dienstrechtskommission waren einmal die Ausgestaltung der Dienstverhältnisse, die ausschließlich dem Gesetzgeber vorbehalten bleiben sollte, das sogenannte Gesetzmodell. Eine Minderheit der Kommission hatte im Gegensatz dazu vorgeschlagen, nur Statusfragen des Dienstrechts durch den Gesetzgeber zu regeln. Es liegt auf der Hand, daß bei dem Gesetzmodell die derzeitige Tarifautonomie und das Verhandlungs- und Streikrecht für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausgeschlossen sein würde.

Der Bundesinnenminister hat die Schwierigkeiten mit diesen Modellen auch erkannt. Das Ergebnis seiner Überlegungen ist jetzt das Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform. Dieses Programm will den Weg der kleinen Schritte gehen, um die Schwächen des jetzigen Dienstrechts im großen Rahmen des derzeit geltenden Beamtenrechts zu beseitigen.

Zunächst will man eine funktions- und leistungsgerechte Personalsteuerung erreichen. Es sollen Regelungen geschaffen werden, die gewährleisten, daß Dienstposten bzw. Funktionen nur den dafür geeigneten Kräften übertragen werden. Es sei eine dauernde Übereinstimmung der Anforderungen des Dienstpostens einerseits mit der Befähigung des Beamten andererseits erforderlich. Das Übertragen von Dienstposten an die Geeigneten im Sinne dieser Forderung setzt voraus, daß für die Dienstposten bzw. die Funktionen konkrete Anforderungsprofile entwickelt und beschrieben werden. Außerdem ist es unerlässlich, von dem auf einem Dienstposten Beschäftigten oder von dem Bewerber um einen Dienstposten ein Befähigungsprofil zu haben.



MinR Lange
und
Karl Fischer

In der Frage zur Fortentwicklung des Laufbahnsystems soll sich nach dem Aktionsprogramm die gegenseitige Zuordnung von Bildungsabschluß einerseits und Regeleinstieg in das Laufbahnsystem andererseits stärker als bisher an den Anforderungen in der dienstlichen Verwendung orientieren. Es soll ferner geprüft werden, ob Regeleinsteige durch Zwischeneinsteige ergänzt werden müssen.

Das BPM hat hinsichtlich der Neugestaltung der Laufbahnen bereits vor mehr als vier Jahren ein Modell entwickelt. Danach soll das starre Laufbahnschema durch ein solches ersetzt werden, das, aufbauend auf einem

tarifvertraglichen Beschäftigungsverhältnis für den jetzigen einfachen Dienst, jedem Beschäftigten eine Chance eröffnen soll, seinen Befähigungen und Leistungen entsprechend vorwärts zu kommen. Wir halten weiterhin an diesem Laufbahnmodell fest und werden auch versuchen, es mit allem Nachdruck in die Überlegungen zum Aktionsprogramm einzubringen.

Das Ergebnis Ihrer Repräsentativumfrage '74 wird auf diesem Bundesdelegiertentag im Vordergrund stehen. In früheren Jahren wurden wegen des bekannten Mangels an Ingenieuren in einer deutlichen Anzahl geeignete BfT-Beamte im Cft-Dienst beschäftigt. Daraus leiten sich naturgemäß Forderungen Ihres Bundesvorstandes her, die in der Form ohne weiteres zu akzeptieren sind: *Die BfT-Beamten haben sich durch ihre Aus- und Fortbildung, unter Einbeziehung jahrelanger Berufserfahrung, einen Kenntnisstand verschafft, der sie für die Beschäftigung auf einer ganzen Reihe von Cft-Dienstposten qualifiziert. Es müsse möglich sein, diese Cft-Dienstposten in den BfT-Dienst umzuschichten, zumal wenn es sich um Dienstposten handelt, für die nachweislich keine Qualifikation als Ing. grad. vorausgesetzt werden muß.*

Wir haben uns die Umschichtungsvorschläge genau angesehen. Nach unseren Schätzungen wären etwa 2000 Dienstposten vom Cft-Dienst in den BfT-Dienst umzuschichten. Doch wir dürfen hier nicht nur die Belange des BfT-Dienstes sehen, sondern wir müssen auch die Belange anderer Laufbahngruppen und Laufbahnen berücksichtigen. So gesehen wäre eine Umschichtung von rund 2000 Dienstposten vom gehobenen in den mittleren fernmelde-technischen Dienst, rein von der Anzahl her, gewiß keine übermäßig große Bereicherung für die BfT-Laufbahn. Bei etwa 40 000 Dienstposten wären das ungefähr 5 vH. Aber der Cft-Dienst würde durch diese Maßnahme um etwa 20 vH zur Ader gelassen.

Hinzu kommt eine Schwierigkeit, die sich aus der starren Einordnung der Laufbahnen in das Besoldungsrecht ergibt. Wenn wir auch davon ausgehen, daß es sich hier um Dienstposten handeln könnte, die im unteren Wertebereich des jetzigen Cft-Dienstes liegen, würde nach dem derzeitigen Besoldungsrecht (Stellenkegel) eine derartige Abschichtung dazu führen, daß nicht nur Dienstposten und Planstellen A 10 aus dem gehobenen Dienst wegfallen, sondern daß über die Kegelung die Wegfälle durchgehen bis nach A 13. Es kann uns aber auch passieren, daß wenn wir diese 2000 Dienstposten in den BfT-Dienst umschichten, wir sie nicht, wie bei einer sachgerechten Bewertung sicherlich angebracht wäre, bei A 9, allenfalls noch bei A 8 bekommen, sondern daß sie plötzlich in den ganzen Stellenkegel von A 5 bis A 9 mit den bekannten vH-Sätzen einfließen.

Bei den Umschichtungen von 500 Dienstposten, die kürzlich im Tätigkeitskatalog festgelegt wurden, handelt es sich um eine Hypothek aus dem Stellenhaushalt 1971 und wir hatten damals gesagt: *Wir haben im Bereich Cft ungefähr 500 Dienstposten mit Beamten der BfT-Laufbahn besetzt. Diese Beamten nehmen Planstellen des mittleren technischen Dienstes mit, die dann für die qualifizierten Dienstposten ihrer Laufbahn nicht mehr zur Verfügung stehen.*

Daraufhin haben wir im Rahmen der damaligen Funktionsgruppen-Regelung in diesem Umfang zusätzliche

Planstellen A 8 und A 9 erhalten — A 8 = 20 vH, A 9 = 80 vH — mit der Auflage, diese Dienstposten dann auch dem mittleren Dienst zuzuordnen. Es handelt sich bei dieser Abbewertung um das Nachvollziehen einer Regelung, die uns 1971 einen erheblichen Planstellenvorteil gebracht hat. Ich sehe diese Abschichtung im Zusammenhang mit Ihrer Repräsentativumfrage aber auch so, daß wir hier einen ersten Schritt in der Größenordnung von 500 Dienstposten gemacht haben.

Sie werden sich bestimmt darüber beklagen, daß eine Reihe dieser Dienstposten A 9 noch nicht zur Besetzung freigegeben worden sind. Wir werden uns, wenn wir das endgültige Ergebnis des Stellenhaushaltes 1977 haben, nochmals um diese Frage kümmern. Ich sehe gute Chancen, daß wir im Laufe des Jahres 1977 zu einer Freigabe kommen können.

Im Jahre 1974 wurde eine Rechtsverordnung zur Erweiterung der Funktionsgruppenregelung erlassen. Wir haben diese Rechtsverordnung in unserem Bewertungsbereich angewandt und die Bewertungen entsprechend den vorgegebenen Funktionen verbessert. Die Berechnungen ergaben für alle Laufbahnen insgesamt etwa 9000 Beförderungsmöglichkeiten. Aufgrund der schon damals angespannten Haushaltslage und wegen Schwierigkeiten bei den Vergleichen zwischen Bundesbahn und Bundespost hat uns der Finanzminister seinerzeit nur etwa die Hälfte — 4500 Beförderungsmöglichkeiten zugestanden.

Um die noch ausstehende „zweite Hälfte“ wird seither mit mehr oder weniger Aussicht auf Erfolg gekämpft. Nach allem was bisher erörtert worden ist, kann erwartet werden, daß wir von dieser „zweiten Hälfte“ eine erste Rate zum 1. Juli 1977 erhalten und eine zweite Rate zum 1. Januar 1978. Für den mittleren technischen Dienst wären darin insgesamt etwa 2500 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten enthalten.

Es ist mir völlig klar, daß sich Ihr vordringliches Ziel in der Laufbahnfrage nicht kurzfristig realisieren läßt. Ganz einfach deshalb nicht, weil andere Bindungen bestehen, sei es im Rahmen des Besoldungsrechts oder im Rahmen der Laufbahnpolitik. Hier wird man nur weiterkommen, wenn man die Möglichkeiten des Aktionsprogramms entsprechend nutzt. Wenn ich auch die von Ihnen erwünschten Regelungen kurzfristig nicht in Aussicht stellen kann, so bin ich aber jederzeit gerne bereit mich mit Vertretern Ihres Bundesvorstandes über diese Probleme zu unterhalten. Ich bin gerne bereit Ihre Anregungen aufzunehmen und Sie auch zu informieren über die Zwänge in denen wir stehen und über die entsprechenden Realisierungschancen Ihrer Vorstellungen.

Rudolf Klein 75 Jahre alt

Bei der Eröffnungsveranstaltung zum Bundesdelegiertentag 1976 hielt Rudolf Klein ein Referat zum Thema „Geschichtlicher Rückblick der BfT-Laufbahn von 1876 bis heute“, mit dem er Ehrengäste und Delegierte gleichermaßen in Erstaunen setzte.

Hat Rudolf Klein bereits mit seinen bisherigen Veröffentlichungen in den VDFP-Nachrichten und auch als Referent bei unzähligen Veranstaltungen der VDFP sein hervorragendes Fach- und Sachwissen unter Beweis gestellt, so ist es ihm mit seinem Vortrag beim Bundesdelegiertentag

1976 gelungen, in wohl einmaliger Weise die 100jährige Entwicklung der BfT-Laufbahn aufzuzeigen.



*Rudolf Klein
bei seinem Vortrag
„100 Jahre
BfT-Laufbahn“*

Das Erstaunlichste daran ist aber die Tatsache, daß der Mann, der dort am Rednerpult stand, am 3. Februar 1977 sein 75. Lebensjahr vollenden wird.

Als Rudolf Klein am 1. Dezember 1956 von der OPD Braunschweig zum FTZ Darmstadt versetzt wurde, war es für ihn selbstverständlich, daß er sich auch hier in Hessen mit seiner ganzen Persönlichkeit für die beruflichen Belange des mittleren technischen Dienstes einsetzte. Er war einer der Gründer der VDFP auf Bundesebene. Als im Jahre 1957 der damalige erste VDFP-Hauptvorstand unter Führung von Franz Albert seine Arbeit aufnahm, war Rudolf Klein als stellv. Schriftführer dabei. Seither begleitet er dieses Amt in ununterbrochener Folge mit stets unermüdlichem Einsatz. Die VDFP ist ihm hierfür zu großem Dank verpflichtet.

Wir gratulieren unserem Rudolf Klein recht herzlich zur Vollendung seines 75. Lebensjahres und wünschen ihm weiterhin alles Gute, vor allem beste Gesundheit und noch viele schöne Jahre im Kreise seiner Familie.

Bundesvorstand und Redaktion

Aus den Bezirken

BREMEN

In der Kantine des FA 1 Bremen veranstaltete die BV Bremen am 25. Oktober 1976 ihre Jahreshauptversammlung, bei der auch Bundesvorsitzender Karl Fischer und zahlreiche Gäste anwesend waren.

Das Hauptreferat des Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Innenausschusses Günter Vollmer (CDU) zum Thema „Neuordnung des öffentlichen Dienstrechts und Zuordnung der Tätigkeiten zu den Laufbahnen“ gab Anlaß zu interessanten Diskussionen, die ihren Niederschlag in der Tagespresse fanden.

HESSEN

Der Bezirksdelegiertentag der BV Hessen hat am 22. Oktober 1976 im Haus Ronneburg in Frankfurt a. M. stattgefunden.

Bezirksvorsitzender Josef Rieger konnte vor über 100 Delegierten als Gäste begrüßen den Präsidenten der OPD Frankfurt Herrn Dipl.-Ing. Staab, den Vizepräsidenten Herrn Dipl.-Ing. Stingel sowie Herrn OPDir Baier von der Abteilung 3 der OPD Frankfurt. Ferner Herrn Heller

vom DPG-Bezirksvorstand; Herrn Wolpers, stellv. DPV-Landesvorsitzender; Herrn Reißner, VDPI-Bezirksvorsitzender und einen Vertreter des PersR beim FA 3 Frankfurt. Vom VDFP-Bundesvorstand nahmen Bundesvorsitzender Karl Fischer und Schriftführer Bernd-Peter Reimann am Bezirksdelegiertentag teil.

Dem Referat von OPDir Baier über die „Rationalisierungsmaßnahmen im OPD-Bezirk Frankfurt“ schloß sich eine harte, aber sachliche Diskussion zu diesem Thema an. Leider war die zur Verfügung stehende Zeit viel zu kurz, um alle angesprochenen Probleme ausführlich behandeln zu können.

Nach den Geschäftsberichten des Bezirksvorsitzenden und des Kassierers legte Helmut Hinkel, bisher Kassierer der BV Hessen, sein Amt aus gesundheitlichen Gründen nieder. Bezirksvorsitzender Josef Rieger sprach Helmut Hinkel für seine jahrelange Mitarbeit im Bezirksvorstand den Dank der BV Hessen aus.

Ergebnis der Neuwahl des Bezirksvorstandes:

Vorsitzender	Josef Rieger	OV Fulda
Stellverteter	Gerd Ackermann	OV Wiesbaden
Stellverteter	Friedrich Frenzel	OV Frankfurt
Schriftführer	Paul Heil	OV Fulda
Stellverteter	Knut George	OV Darmstadt
Kassierer	Kurt Lüdecke	OV Frankfurt
Stellverteter	Volker Thierfelder	OV Frankfurt
Beisitzer	Heinz Braungart	OV Darmstadt
	Helmut Befort	OV Gießen
	Fred Busch	OV Frankfurt
	Kurt Wetzlar	OV Frankfurt
	Kurt Kram	OV Frankfurt

NORDBADEN

Im Zusammenhang mit der Neuabgrenzung der Oberpostdirektionen Karlsruhe und Neustadt/Weinstraße ist eine Namensänderung der in diesen Bereichen bestehenden Bezirksvereinigungen unerlässlich.

Auf Beschluß der Jahreshauptversammlung der bisherigen BV Mannheim/Heidelberg am 13. Oktober 1976 wurde deren Bezeichnung in „BV Nordbaden“ geändert.

NORDWÜRTTEMBERG

Ihren ersten Bezirksdelegiertentag hielt die seitherige BV Stuttgart am 14. Oktober 1976 im Vereinsheim des Turnerbundes Bad Cannstatt ab, an dem mehr als 90 Delegierte aus den Ortsvereinigungen teilnahmen.

Neben dem Bundesvorsitzenden Karl Fischer und dem Ehrenvorsitzenden des Bezirksvorstandes, Adolf Findling sen., konnte Bezirksvorsitzender Johann Pletschacher folgende Herren als Gäste begrüßen: Abteilungspräsident Sieloff, OPD Stuttgart; Dipl.-Ing. Heinzelmann, Unterabteilungsleiter 2 der OPD Stuttgart; Dipl.-Ing. Frederking, AV des FA 2 Stuttgart; Dipl.-Ing. Schulze, AV des FA 3 Stuttgart; Otto Götz, Vertreter des BzPersR bei der OPD Stuttgart.

In einem Referat zu den „Auswirkungen der technischen Rationalisierung auf die BfT-Laufbahn“ zeigte Dipl.-Ing. Heinzelmann auf, wie stark personaleinsparend in Zukunft neue technische Einrichtungen im Fernmeldesektor sein werden.

Bundvorsitzender Karl Fischer war jedoch der Meinung, die DBP solle mit einer günstigeren Preispolitik für eine Steigerung des Fernmeldeverkehrs sorgen und damit wertvolle Arbeitsplätze für Fernmeldetechniker erhalten.

Nachdem nunmehr seit einiger Zeit die Gründung von Ortsvereinigungen innerhalb der Bezirksvereinigung Stuttgart abgeschlossen war, wurde auf Beschluß des Bezirksdelegiertentages die Bezeichnung BV Stuttgart geändert in „BV Nordwürttemberg“.

Ergebnis der Neuwahl des Bezirksvorstandes:

Vorsitzender	Johann Pletschacher	OV Stuttgart
Stellvertreter	Albert Blanz	OV Stuttgart
Stellvertreter	Franz Wiedmann	OV Stuttgart
Schriftführer	Kurt Reinhardt	OV Stuttgart
Stellvertreter	Rolf Stecher	OV Stuttgart
Kassierer	Horst Henn	OV Stuttgart
Stellvertreter	Adolf Schmauder	OV Stuttgart
Beisitzer	Martin Selzer	OV Stuttgart
	Rolf Schäfer	OV Stuttgart
	Erich Schiller	OV Stuttgart
	Rudolf Ladewig	OV Stuttgart
	Manfred Becker	OV Heilbronn
	Klaus Raphael	OV Göppingen
	Reinhold Hackspacher	OV Stuttgart
Vertreter der Pensionäre	Gustav Hamberger	OV Stuttgart

NÜRNBERG

Die BV Nürnberg hielt am 30. Oktober 1976 ihre Jahresversammlung im Gasthaus „Tiroler Höhe“ in Nürnberg ab, bei der Bundesvorsitzender Karl Fischer über aktuelle Laufbahnfragen referierte.

Ergebnis der Neuwahl des Bezirksvorstandes:

Vorsitzender	Franz Lankes	FA 2 Nürnberg
Stellvertreter	Emanuel Kohler	FA 2 Nürnberg
Stellvertreter	Adalbert Jakob	FA 2 Nürnberg
Schriftführer	Walter Mathes	FA 2 Nürnberg
Stellvertreter	Peter Neher	FA 2 Nürnberg
Kassierer	Erich Beer	FA 2 Nürnberg
Vertreter	Dieter Hildner	FA 3 Nürnberg
Beisitzer	Helmut Burzer	FZA Nürnberg
	Heinz Donhauser	FA 3 Nürnberg
	Ferdinand Frank	OPD Nürnberg
	Hans Fraunholz	FA 2 Nürnberg
	Willi Hollweck	FA 3 Nürnberg
	Gerd Kemmether	FA 2 Nürnberg
	Arnold Obermeier	FA 2 Nürnberg
	Fritz Steinbauer	FZA Nürnberg
	Klaus Strobel	FA Bayreuth
	Erwin Wunderlich	FA Bayreuth

RHEINLAND

Im Kolpinghaus Koblenz hat am 28. September 1976 die Jahreshauptversammlung der BV Rheinland stattgefunden, bei der Herr Dipl.-Ing. Henjes, OPD Koblenz, zur Personalsituation im OPD-Bezirk Stellung nahm und Paul Kutz, Vorsitzender der BV Hamburg, über die Laufbahnsituation referierte.

Außer den Referenten und den aus dem OPD-Bezirk angereisten Mitgliedern begrüßte Bezirksvorsitzender Andreas Damian Herrn Dr. Bermel, Abteilungspräsident bei der OPD Koblenz, den AV des FA 1 Koblenz Herrn Dipl.-Ing. Stein, den PersR-Vorsitzenden beim FA 1 Koblenz Herrn Klein und den Vorsitzenden der BV Trier Wilhelm Kick.

Zu Beginn der Veranstaltung gedachten die Versammlungsteilnehmer des Kollegen Dieter Heller aus Mainz, der am selben Tag tödlich verunglückt war.

Durch die fundierten Referate angeregt, entstand eine sachlich rege Diskussion, aus der die Forderungen nach verbesserter Kundenbetreuung für Fernsprechteilnehmer, nach mehr Mitwirkung der Betroffenen in den BPM- und FTZ-Arbeitsgruppen, nach mehr Fortbildung und für ein entschiedenes Nein zur weiteren Privatisierung von Teilbereichen der DBP in Anträge zum Bundesdelegiertentag '76 formuliert wurden.

Als Preisträger einer Mitgliederwerbeaktion der BV Rheinland konnten Clemens Pitton, FA 2 Koblenz, Siegfried Kampmeier, FZA Simmern und Heiner Reckenthäler, FA 1 Koblenz, wertvolle Sachpreise entgegennehmen.

RHEIN-RUHR

Am 28. Oktober 1976 veranstaltete die BV Rhein-Ruhr in der Kantine des FA Duisburg ihre Jahreshauptversammlung, bei der als Gäste der stellv. AV des FA Duisburg Herr OPDir Dorr und der stellv. VDFP-Bundvorsitzende Andreas Damian anwesend waren.

Mit großem Interesse verfolgte die Versammlung dem Diskussionsbeitrag von Andreas Damian zum Thema „Ist die Technikerlaufbahn tot?“. Damian sagte unter anderem, daß das Konzept zur Verwirklichung einer Neuordnung der Laufbahnstruktur im fernmeldetechnischen Dienst ein Langzeitkonzept geworden sei. Der Streit um die Dienstrechtsreform bringe für unsere Sache eine erhebliche Verzögerung. So hätten sich die parlamentarischen Stellen derzeit mit drei Problemen des öffentlichen Dienstes zu befassen. Mit der Laufbahnneuordnung, mit der Dienstrechtsreform und mit der neuen Unternehmensverfassung!

Ergebnis der Neuwahl des Bezirksvorstandes:

Vorsitzender	Herbert Dissen	FA Wesel
Stellvertreter	Werner Langenberg	FA Wesel
Stellvertreter	Willy Mager	FA Essen
Schriftführer	Rainer Keppler	FA Duisburg
Stellvertreter	Heinz Kox	FA Mönchengladb.
Kassierer	Klaus Lippke	FA Duisburg
Stellvertreter	Wolfgang Lohmann	FA Duisburg
Beisitzer	Siegfried Mücke	FA Duisburg
	Günther Hoffmann	FA Duisburg
	Hugo Bellgardt	FA Krefeld
	Herbert Michaelis	FA Wuppertal
	Helfried Erler	FA Wuppertal
	Heinz Wagner	FA 1 Düsseldorf
	Heinz Ermers	FA 2 Düsseldorf
	Franz Hermkes	FA 3 Düsseldorf
	Walter Gropengießer	FA 4 Düsseldorf
	Günther Weimar	FZA Düsseldorf

SÜDWÜRTTEMBERG-HOHENZOLLERN

Die erste Jahreshauptversammlung der BV Südwürttemberg-Hohenzollern nach der Auflösung der OPD Tübingen fand am 8. Oktober 1976 im Gasthaus „Krone-Saalbau“ in Hechingen statt, an der 120 Mitglieder aus den OPD-Bezirken Stuttgart und Freiburg teilnahmen.

Als Gäste konnte Bezirksvorsitzender Adolf Deile den Vizepräsidenten der OPD Stuttgart Herrn Kassemeyer, den Vertreter des Präsidenten der OPD Freiburg Herrn OPDir Wagener, die AV-Vertreter der FA Rottweil und Ravensburg und den VDFP-Bundesvorsitzenden Karl Fischer begrüßen.

Vizepräsident Kassemeyer erläuterte der Versammlung den derzeitigen Stand und die künftigen Aussichten des mittleren technischen Dienstes im OPD-Bezirk Stuttgart. OPDir Wagener überbrachte die Grüße von Präsident Hertle aus Freiburg und gab einen kurzen Überblick zur personellen Besetzung des Bft-Dienstes im OPD-Bezirk Freiburg.

Einen besonderen Schwerpunkt setzte Karl Fischer bei seinen Erläuterungen zur momentanen Personalwirtschaft bei der DBP und stellte dabei ein Mißverhältnis zwischen Technik und Postdienst zu ungunsten der Technik fest.

Auch im Bereich Fernmeldetechnik kämen auf einen Bft-Dienstposten doppelt so viele BF-Kräfte.

Ergebnis der Neuwahl des Bezirksvorstandes:

Vorsitzender	Adolf Deile	FA Reutlingen
Stellvertreter	Friedrich Kraus	OPD Stuttgart
Stellvertreter	Arnold Rombach	FA Rottweil
Schriftführer	Hermann Bachner	OPD Stuttgart
Stellvertreter	Volker Merz	FA Rottweil
Kassierer	Oskar Fridrich	FA Reutlingen
Stellvertreter	Willi Heller	FA Rottweil
Beisitzer	Otto Schreiner	OPD Stuttgart
	Gerhard Lang	FA Offenburg
	Hans Holzäpfel	FA Rottweil
	Siegbert Dreher	FA Rottweil
	Wolfgang Hube	FA Rottweil

Nächster Redaktionsschluß: 31. 3. 1977!

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.
 — Der Bundesvorstand — 6 Frankfurt am Main 1, Postfach 45 24
 Redaktion: Bezirksvorstand Stuttgart. Kasse: Adolf Schmauder,
 7 Stuttgart 1, Postfach 13 26, PSch-Konto Stgt. 937 00—706
 Gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP dar
 Herstellung: Druckerei G. Schopf, 7016 Gerlingen 1, Benzstraße 4

VDFP-Werbeaktion

Gemäß Antrag Nr. 34 zum VDFP-Bundesdelegiertentag '76 startet der Bundesvorstand eine vom 1. Februar bis 30. Mai 1977 befristete Werbeaktion auf Bundesebene.

Jeder Werber erhält je erworbenes Mitglied ein Los. Zur Auslosung kommen Sachpreise wie Bohrmaschinen, Taschenrechner und ähnliches mehr.

Die bei der letzten Werbeaktion ausgesetzten Sachpreise gewannen Walter Nickel (Bremen), Dietmar Prochaska (Augsburg) und Konrad Hupka (Münster). Drei Taschenrechner wurden nach Berlin, Trier und Flensburg verlost.

Werben auch Sie neue VDFP-Mitglieder. Vielleicht sind Sie als Gewinner dabei.

Neuwerbungen aus den Bezirken Berlin, Kiel, Münster und Köln senden Sie an VDFP Arbeitskreis Werbung, Postfach 2401, 5400 Koblenz. Dort legt der stellv. Bundesvorsitzende Andreas Damian eine Werbeliste an. Andreas Damian ist unter der Fernsprechnr. 0261/490 46 92 zu erreichen.

Alle übrigen Werber aus dem Bundesgebiet geben ihre Neuwerbungen bei ihrem zuständigen Bezirksvorstand ab. Sie werden dort listenmäßig erfaßt.

Weitere Beitrittserklärungen können Sie bei Ihrem Bezirksvorstand abrufen.

Alle übrigen Werber aus dem Bundesgebiet geben ihre Neuwerbungen bei ihrem zuständigen Bezirksvorstand ab. Sie werden dort listenmäßig erfaßt.

Werben Sie in dem Bewußtsein, daß wir Techniker der Deutschen Bundespost durch die VDFP in technischen Sachfragen schon vieles erreicht und anderes eingeleitet haben. Wir fordern unter anderem eine weitere Umschichtung von Dienstposten CFt nach Bft auf der Grundlage der VDFP-Repräsentativumfrage. Wir fordern die Neuordnung der technischen Laufbahnen.

An die
 Vereinigung Deutscher
 Fernmeldetechniker Post e. V.

Überreicht durch:

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.
 Ich bin damit einverstanden, daß die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag durch die zuständige Besoldungskasse der Deutschen Bundespost erheben läßt.

Name: _____ Vorname: _____

Anschrift: _____ () _____

geb. am _____ Personal-Nr.: _____ Amtsbez.: _____

Beschäftigungsamt: _____ Dienststelle: _____

Monatlicher Mitgliedsbeitrag: _____ DM

_____, den _____ Unterschrift _____



Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Nr. 3-4 / 1977

12. Jahrgang

Neubeginn und Kontinuität

In Frankfurt a. M. fand am 15. Januar 1977 die konstituierende Sitzung des neugewählten VDFP-Bundesvorstandes statt. Aufgrund der Aufgabenstellung und bei einer Laufbahnsituation, die sich zwischen den VDFP-Bundesdelegiertentagen 1974 und 1976 total verändert hat, zwingt uns die Fülle der Aufgaben nunmehr zu einem Überdenken der bisherigen und der gegenwärtigen Position unserer berufspolitischen Arbeit.

Rückblickend müssen wir feststellen, daß die vom BPM mit großem Aufwand und unter Anführung stichhaltiger Argumente für das Jahr 1975 angekündigte Laufbahn-Neuordnung nicht stattfand. Die Personalbedarfsprognosen für den Zeitraum von 1971 bis 1981, die für die Laufbahn des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes einen Mehrbedarf von 30 000 Dienstposten vorsahen, wurden ins Gegenteil verkehrt und in einen Dauerzustand der Arbeitsplatzvernichtung umgewandelt.

Die Einführung neuer Techniken — z. B. EWS und EDS — lassen die Befürchtungen auf einen weiteren Arbeitsplatzvernichtungsschub zu. Das BPM wird aller Wahrscheinlichkeit nach die hohen Investitionskosten durch weitere Rationalisierungsgewinne rechtfertigen. Daß diese Maßnahmen auf den Druck der angeblich unterbeschäftigten Fernmeldeindustrie hin beschleunigt in Gang gesetzt werden, ist mittlerweile kein Geheimnis mehr. Die Behauptung, aufgrund derartiger Aufträge der öffentlichen Hand würden die Arbeitsplätze in der Fernmeldeindustrie gesichert, stimmt allerdings nicht. Im Gegenteil, die Bauteile der neuen Techniken werden weitgehend automatisiert gefertigt, und zudem auch noch in Billiglohnländern. Deshalb gehen in der Fernmeldeindustrie des Inlandes ebenfalls zahlreiche Arbeitsplätze verloren. Daß jedoch die Gewinne dieser Unternehmen dadurch beachtlich steigen werden, wird von uns keineswegs angezweifelt!

Darüber hinaus ist die „Überproduktion“ von Hochschülern, Fachhochschülern, Abiturienten und Realchülern zu bedenken. Auch hier ist zu befürchten,

daß sich im Rahmen der sogenannten Marktwirtschaft, durch den Verdrängungswettbewerb dieser Arbeitsplatzsuchenden, die Arbeitsmarktsituation noch weiter verschärft.

Vor dieser Ausgangsposition stehen wir und angesichts dieses Hintergrundes gibt es für uns nur den Weg der Vorwärtsverteidigung. All die Meinungen, Aussagen und Programme — so konfus und widersprüchlich sie auch sein mögen und von welcher Seite sie auch kommen — werden uns nicht zu hektischen Reaktionen verführen. Unser Ziel bleibt die Laufbahn-Neuordnung mit der dazugehörigen funktions- und leistungsgerechten Bezahlung. Die unsererseits hierzu erforderlichen Schritte sind, entsprechend des Auftrages vom VDFP-Bundesdelegiertentag 1976, bereits eingeleitet.

Es bleibt abzuwarten, welches Entgegenkommen wir finden werden. Dazu ist aber von vornherein klarzustellen, daß wir alle maßgeblichen und verantwortlichen Politiker, ob in der Regierung oder im gesamten Parlament, nicht an ihren Reden, sondern einzig und allein an ihren Taten messen werden.

Von uns wurden Vorleistungen erbracht, indem wir seit vielen Jahren, auch unter dem Druck der fortwährenden Rationalisierungsmaßnahmen, den enormen Verkehrsanstieg in der Fernmeldetechnik — bedingt durch die Zunahme an Fernsprech-, Fernschreib- und Datenübertragungsanschlüssen — ohne Personalausgänge aufgefangen haben bei gleichzeitiger Erhaltung der hohen Qualität unserer technischen Einrichten.

Wir sind auch weiterhin bereit, im Dienste der Öffentlichkeit unsere Arbeit zu verrichten. Wir erwarten aber deshalb auch, entsprechend der von uns geforderten Leistung, gerecht behandelt zu werden. Das vielzitierte Treueverhältnis beruht bekanntlich auf Gegenseitigkeit, und die Loyalität hat ihre Grenzen dort, wo die Existenznot beginnt.

Paul Kutz, BV Hamburg
stellv. Bundesvorsitzender

Tagung der Bezirksvorsitzenden in Bremen

Im Berufsbildungszentrum der OPD Bremen trafen sich die VDFP-Bezirksvorsitzenden am 3. Juni zu ihrer diesjährigen Arbeitstagung. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Auswirkungen der neuen Techniken auf das Betriebspersonal, die Koordinierung der Arbeitsgruppen beim Bundesvorstand und Fragen der Organisation im internen Bereich der VDFP.

Auf Einladung des Bezirksvorstandes Bremen waren folgende Herren als Gäste anwesend: Dipl.-Ing. Ueckert, Präsident der OPD Bremen; APr Dr. Ing. Mietig, Abteilungsleiter 2 der OPD Bremen; Dipl.-Ing. Struß, AV-Vertreter des FA 1 Bremen; Dipl.-Ing. Leberl, AV-Vertreter des FA 2 Bremen; Dipl.-Ing. Dickehut, AV des FZA Bremen und OPDir Trautmann, AV des PA 5 Bremen.

Walter Nickel, stellv. Vorsitzender der BV Bremen, eröffnete die Tagung mit einer kritischen Stellungnahme zu den Rationalisierungsmaßnahmen im Fernmeldewesen, insbesondere im mittleren technischen Dienst (Auszüge daraus siehe Seite 3).

Die vielschichtigen Aufgaben des Berufsbildungszentrums der OPD Bremen, in dem sich außer der Fernmelde- und der Postschule der OPD auch die Ausbildungsabteilung des FA 2 Bremen befindet, erläuterte Dipl.-Ing. Leberl in seiner Eigenschaft als Hausherr. Die Gesamtanlage des Berufsbildungszentrums dürfte für den Bereich der Deutschen Bundespost wohl einmalig sein.

Mit seinen Ausführungen über die verschiedenlichen Entwicklungen und Auswirkungen der neuen Techniken fand **Präsident Ueckert** die volle Aufmerksamkeit der Tagungsteilnehmer. Zu Beginn seines Vortrages stellte er vor allem die erschreckende Abhängigkeit des Menschen von der Technik heraus. So gäbe es heute keinen Lebens- und Kulturbereich mehr, in den die technische Entwicklung mit all ihren Folgen nicht eingedrungen sei. Seit jedoch die Information zum Gegenstand von Forschung und Technik geworden sei, habe eine immer rasanter werdende Entwicklung eingesetzt, die sich besonders in der Nachrichtentechnik bemerkbar mache.

Mit der zunehmenden Einführung von wartungsfreien und relativ wenig störungsanfälligen Anlagen, mit automatischen Prüf- und Meßeinrichtungen, die die Fehler in diesen Anlagen feststellen, signalisieren und durch automatische Umschaltungen zum Teil selbst korrigieren sollen, biete sich die Möglichkeit, die Personalkosten weiter zu senken. Bereits in den Jahren 1950 bis 1972 sei bei der Deutschen Bundespost insgesamt bei einem Verkehrszuwachs von 373 v. H. eine Personalzunahme von nur 57 v. H. zu verzeichnen gewesen. Dabei habe man durch Rationalisierung allein im Fernmeldewesen bei einer Verkehrssteigerung von 662 v. H. eine Personalzunahme von nur 55 v. H. erreicht.

Die fortschreitende technische Entwicklung in den einzelnen Fachbereichen des Fernmeldewesens, führte Präsident Ueckert weiter aus, bringe zwangsläufig Umstellungen und Neuorientierungen der bisherigen Unterhaltungsverfahren, obwohl zum Teil gerade umgestellt,

mit sich. Dies bedeute immer mehr den Wegfall von vorbeugenden, manuellen Tätigkeiten, erfordere aber vom Betriebspersonal, neben dem bisherigen Wissen, zusätzlich weitreichende Kenntnisse im Bereich der Elektronik. Die mit EDS, EWS, elektronischen Fernschreibern, neuartigen Nebenstellenanlagen und Vorfeld-einrichtungen aufkommenden Probleme seien nur durch einen dauernden Lernprozeß zu lösen, wenn die bisherige Dienstgüte erhalten bleiben soll.

Bundesvorsitzender Karl Fischer stellte in seinem direkt darauffolgenden Vortrag den vielgepriesenen technischen Fortschritt der neuen Techniken als solchen sehr in Frage. Schließlich sind die Ideen dazu, so betonte Karl Fischer, zum Teil schon mehr als zehn Jahre alt. Sie wurden also zu einer Zeit aufgegriffen, in der man auf die Beschäftigung des Personals keine Rücksicht nehmen mußte. Im Gegenteil, jede Erfindung — egal wie teuer —, die es ermöglichte, weniger Personal einzusetzen, war willkommen. Somit hat eigentlich nicht der technische Fortschritt, sondern vielmehr das Einsparen an Personal die Entwicklung in der Fernmeldetechnik im wesentlichen bestimmt.

Sind denn diese neuen Techniken heute wirklich das, was die Welt will? Mit der EDS-Technik stehen wir in Mitteleuropa doch ziemlich allein da. Wer sich uns anschließen wird, ist noch sehr ungewiß. Sind wir dann mit der Einführung neuer Techniken gut beraten gewesen? Hierzu gibt es eigentlich nur eine Aussage: Die Deutsche Bundespost muß die Fernmeldeindustrie beschäftigen.

Natürlich gibt es einen Grund, wenn man das tut; aber dann sollte man auch der Öffentlichkeit sagen, daß die Deutsche Bundespost im Augenblick einige Milliarden DM für neue Techniken investiert zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Fernmeldeindustrie. Nur leuchtet uns dabei nicht ein, warum die Deutsche Bundespost durch eben diese neuen Techniken eigene Arbeitsplätze freisetzt und verliert. Hätten nicht wir das erste Anrecht darauf, unsere Arbeitsplätze gesichert zu wissen, ehe wir die Arbeitsplätze anderer Unternehmen sichern?

Wir müssen uns also mit den Auswirkungen der neuen Techniken auseinandersetzen, und das muß bald geschehen und nicht erst wieder in etwa zehn Jahren. Die Ausbildung; die Neuordnung von Tätigkeiten zu den Laufbahnen und innerhalb der Laufbahn; die Bemessung und Bewertung von Arbeitsplätzen unter Berücksichtigung neuer Arbeitsmethoden und des Schwierigkeitsgrades der auszuführenden Tätigkeiten; die gesundheitlichen Bedingungen am Arbeitsplatz; das alles sind Fragen, die eigentlich längst geklärt sein sollten.

Es darf einfach nicht soweit kommen, daß der Mensch in den neuen Techniken keine Beachtung mehr findet und er lediglich zum Werkzeug dieser Techniken wird. Es gilt daher, Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten akzeptabel sind. An den finanziellen Mitteln, die der Fernmeldedienst an Einnahmen zu verzeichnen hat, kann eine menschliche Regelung, eine Humanisierung des Arbeitsplatzes nicht scheitern.

Wirtschaftlich, rationell, funktionsgerecht?

Die Wirtschaftlichkeit des Dienstleistungsbetriebes Deutsche Bundespost, Rationalisierung, Personalbemessung und Dienstpostenbewertung, die Humanisierung am Arbeitsplatz und nicht zuletzt die Erhaltung von Arbeitsplätzen schlechthin gehen uns alle an. Allerdings scheint die Urteilsbildung über die im Gange befindlichen Wandlungen noch nicht abgeschlossen zu sein. Nach wie vor herrscht noch immer ein Zustand der Desorientierung und der Verunsicherung.

Daß das Fernmeldewesen den allergrößten Beitrag zur Sanierung der Deutschen Bundespost seit 1952 geleistet hat, ist nicht zu bestreiten. Trotz enormer Verkehrsstörungen ist der Personalbestand im Fernmeldedienst für das Jahr 1977 nur geringfügig höher als im Jahr 1952. Dazu muß hier gesagt werden, daß wir als VDFP zu keiner Zeit gegen Rationalisierung waren. Aber angesichts der Tatsache, daß es die Kollegen des mittleren technischen Dienstes sind, die — allgemein anerkannt — für ein gut funktionierendes Fernmeldenetz garantieren, verstehen wir nicht, warum dann ausgerechnet dieser BfT-Dienst in einem derart erheblichen Ausmaß von der Rationalisierung betroffen wird. Es muß einem zu denken geben, wieviel Arbeitsplätze durch die bevorstehenden Maßnahmen verlorengehen. Außerdem ist es fraglich, ob bei dieser Lage der Dinge Qualitätseinbußen in der Dienstgüte ohne weiteres vermeidbar sind.

Der Rationalisierungserfolg — so war zu vernehmen — kommt zu je einem Drittel dem Kunden, der Verwaltung und dem Personal zugute. Spätestens hier wird das große Auseinanderklaffen zwischen Worten und Taten sichtbar, und wir müssen uns fragen, welche Ziele mit der Rationalisierung nun tatsächlich verfolgt werden. So wie die Sache nun steht, geht es doch vorwiegend um die Senkung der Personalkosten, um „mehr Leistung“ und damit um eine immer stärker werdende Belastung des Personals.

Die Veränderungen aufgrund der Rationalisierung führen häufig zu schematischer Kleinarbeit, Entpersönlichung und ausgeprägter Leistungsdichte. Dadurch ist die Einführung von Vorgabe- und Standardzeiten möglich. Mit anderen Worten: Rationalisierung bedeutet sozusagen die Übernahme des Fließbandes in den Dienstleistungsbetrieb, obwohl man in der Produktion bereits die Abschaffung der Fließbänder erprobt.

Wir alle wissen, eine einseitige und damit stärkere Belastung verschlechtert den Arbeitsplatz. Unsicherheit, falscher Arbeitseinsatz und unzureichende Mitbestimmung am Arbeitsplatz verschärfen die Lage noch. Hinzu kommt der versteckte Aufbau eines Akkordsystems mittels der absoluten Zeiterfassung. Die ganze Sache wird aber um so unerträglicher, je mehr die technische Rationalisierung die geistig-nervliche Beanspruchung des Personals in einer Weise erhöht, bis Leistungs- und Zeitdruck und Streß die Folge sind. Dies ist sehr oft mit einfachen Mitteln nicht erkennbar und führt zu Belastungsschäden, die sich erst nach Jahren als Spätschäden herausstellen.

Nach den Erfahrungen aus den vergangenen Jahren wird sich die Anzahl der Arbeitsplätze, selbst bei steigender

Verkehrszuwachsrates, nicht erhöhen, sondern eher vermindern. So kommen wir zu einem anderen Problem, der Arbeitslosigkeit. Leistungsdruck und Arbeitslosigkeit sind wechselseitig wirksam, sie bedingen einander. Leistungsdruck führt zu Frühinvalidität. Der relativ hohe Anteil von Frühinvaliden aus den unteren Laufbahnen sollte zu denken geben. Somit gewinnt auch die Frage der Humanisierung der Arbeitswelt an volkswirtschaftlicher Bedeutung. Arbeitslosigkeit ist die bedenklichste Form der Verschwendung in einer Volkswirtschaft. Sie ist der schlimmste Ausdruck menschlicher Verschwendung.

Dem wirtschaftlichen Einsatz des Personals kommt, vor allem wegen der hohen Personalintensität unseeres Unternehmens, besondere Bedeutung zu. Für die Produktivität eines Unternehmens ist unbedingt notwendig, das Personal, entsprechend seinen Kenntnissen und Fähigkeiten, rationell einzusetzen.

Unterbeschäftigung widerspricht einem sparsamen und wirtschaftlichen Einsatz des Personals. Unterbeschäftigt zu sein heißt, Arbeitserfahrungen zu vergeuden oder sie nur zum Teil zu nutzen. Nach ökonomischem Prinzip dürfen Aufgaben bestimmten Arbeitskräften nicht übertragen werden, wenn dieselben Aufgaben auch von anderen Arbeitskräften mit geringerer Bezahlung zufriedenstellend erledigt werden können. So haben wir seinerzeit das Wort *Ratio* verstanden und uns so die Rationalisierung vorgestellt; nämlich demjenigen die Arbeit zuzuweisen, der dafür die geeignete Ausbildung und die größere Berufserfahrung besitzt. Das heißt, von leistungsfähigen und leistungswilligen Kräften laubahnfremde Tätigkeiten wahrnehmen zu lassen. Dabei sind Anforderung und Befähigung soweit wie möglich in Übereinstimmung zu bringen, um so, über die Freude an der Tätigkeit, die optimale Leistung jedes einzelnen für die Verwaltung und damit für die Öffentlichkeit nutzbar zu machen.

Die derzeitige Dienstpostenbewertung und die Dienstpostenbesetzungspraxis bei der Deutschen Bundespost wird dieser Forderung nicht immer gerecht. Ein Schritt auf diesem Wege sollte die Funktionsgruppenregelung sein. Aufgrund der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 27. Februar 1975 wurde die Bundesregierung ersucht, die Vorarbeiten für eine Ämter- und Dienstpostenbewertung mit Nachdruck fortzuführen.

Die Zielvorstellung des 2. BesVNG vom 23. Mai 1975 ist der *Grundsatz der funktionsgerechten Bezahlung*. Bereits im Jahre 1971 wurde mit der Verordnung zu § 5 Abs. 6 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes eine Funktionsgruppe für Beamte des mittleren Dienstes geschaffen, ohne daß seinerzeit eine sich daraus ergebende Umbewertung von Dienstposten des gehobenen Dienstes in den mittleren Dienst vorgenommen wurde. Erst auf drängen des Bundesinnenministers und des Bundesrechnungshofes wurden Ende 1975 bei 18 Tätigkeitsnummern Umbewertungen von Dienstposten A 9 / A 10 nach A 9 v.z. veranlaßt. Dabei ist der Deutschen Bundespost die Umschichtung von 506 Cft-Dienstposten nach Bft, deren Tätigkeiten seit vielen Jahren von Bft-Kräften wahrgenommen werden, auferlegt worden.

Sinn dieser Verordnung ist es, den in Zeiten eines erheblichen Personalfehlbestandes im gehobenen Dienst dringend benötigten und sich dort bewährten Kräften des mittleren Dienstes ihre derzeitigen Arbeitsplätze weiter zu sichern und dem mittleren Dienst diese ganz bestimmten Aufgaben auch weiter-

hin zu belassen. Der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages hat dem VDFP-Bundesvorstand bestätigt, daß wir mit unserer Auffassung hier eindeutig auf dem richtigen Wege sind.

Walter Nickel, BV Bremen

Petitionsausschuß bestätigt VDFP

Der VDFP-Bundesvorstand hatte bereits mit Schreiben vom 23. Februar 1976, als die Ablösung der auf CFT-Dienstposten eingesetzten BfT-Kräfte akut geworden war, an den Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen im Deutschen Bundestag die Forderungen gestellt,

die Tätigkeiten im unteren Bereich des CFT-Dienstes der Laufbahn des BfT-Dienstes zuzuordnen;

die Ablösung der auf CFT-Dienstposten beschäftigten BfT-Kräfte aufzuheben und die bis dahin bereits abgelösten BfT-Kräfte auf die alten CFT-Dienstposten zurückzuführen.

Vom Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen wurde dieses Schreiben, dem als Informationshinweis der Ergebnisbericht der VDFP-Repräsentativumfrage 74 beigefügt war, an den Petitionsausschuß weitergeleitet.

Am 20. April 1977 richtete die Vorsitzende des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag, Frau Berger (Berlin), folgendes Schreiben an den VDFP-Bundesvorstand:

Ihre Eingabe ist abschließend bearbeitet worden. Im Auftrag des Herrn Bundestagspräsidenten gebe ich Ihnen hiermit den Beschluß des Deutschen Bundestages zur Kenntnis.

Die Begründung ist beigefügt.

Wegen der parlamentarischen Sommerpause und der anschließenden Neuwahl des 8. Deutschen Bundestages konnte der Petitionsausschuß seine Arbeit erst nach seiner Konstituierung in der zweiten Januar-Hälfte 1977 wieder aufnehmen. Aus diesen Gründen war es leider nicht möglich, Ihre Eingabe früher abschließend zu behandeln.

Diesem Schreiben lag der nachstehende Beschluß des Deutschen Bundestages und dessen Begründung bei:

DEUTSCHER BUNDESTAG

Der Präsident

Beschluß
des Deutschen Bundestages
gemäß § 113 seiner Geschäftsordnung
in Verbindung mit Artikel 17 des Grundgesetzes

in der 21. Sitzung vom 24. März 1977

nach Antrag des Petitionsausschusses
— Sammelübersicht 1 (Drucksache 8/202) lfd. Nr. 184 —:

a) Die Petition als positiv erledigt anzusehen, soweit dem Anliegen des Petenten, bestimmte Aufgaben dem mittleren fernmeldetechnischen Dienst zu belassen, entsprochen wurde,

b) die Petition im übrigen der Bundesregierung — dem Bundesminister des Innern — als Material zu überweisen.

— Gründe vom 2. März 1977 (Prot. Nr. 8/3) —

Carstens

Gründe

Der Petent beschwert sich über die Ablösung von Beamten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes, die auf Dienstposten der Eingangsstufen des gehobenen fernmeldetechnischen Dienstes beschäftigt werden, durch Nachwuchskräfte der gehobenen fernmeldetechnischen Laufbahn. Ferner bittet er, durch eine Neugestaltung der Laufbahnen die Übertragung von Aufgaben, die bisher Beamten in den Eingangsstufen des gehobenen fernmeldetechnischen Dienstes vorbehalten waren, auf den mittleren fernmeldetechnischen Dienst zu ermöglichen.

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen hat im September 1975 etwa 450 bisher dem gehobenen fernmeldetechnischen Dienst zugeordnete Dienstposten (Dp) dem Spitzenamt des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes zugeteilt. Damit hat er die mit der „Funktionsgruppe des mittleren Dienstes“ (VO zu § 5 Abs. 6 Satz 3 des BBesG — jetzt § 26 BBesG n. F. — vom 23. Dezember 1971, § 3, Nr. 4) verbundene haushaltsinterne Auflage für den Bereich des Fernmeldewesens erfüllt, entsprechend der durch den Einsatz von Beamten des mittleren Dienstes auf Dienstposten des gehobenen Dienstes ermöglichten Überschreitung der Planstellenobergrenzen, die von diesen Beamten eingenommenen Dienstposten für ständig dem mittleren Dienst zuzuteilen. Von der Umbewertung sind 18 Tätigkeiten erfaßt worden, von denen der überwiegende Teil auch im Ergebnisbericht über die Repräsentativumfrage der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. genannt wird. Insoweit ist dem Anliegen des Petenten entsprochen worden.

Das Anliegen des Petenten, den Leistungswillen der Beamten des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes durch Übertragung höherwertiger Aufgaben zu fördern und zu steigern, ist auch Gegenstand der Neuordnung der Laufbahnen des fernmeldetechnischen Dienstes im Rahmen der geplanten Dienstrechtsreform. Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen hat seine diesbezüglichen Vorstellungen schon dem für die Gestaltung des Dienstrechts zuständigen Bundesminister des Innern unterbreitet.

Ob und in welchem Umfange es möglich ist, die Vorstellungen des Petenten bei der künftigen Gestaltung der Laufbahnen des fernmeldetechnischen Dienstes zu berücksichtigen, ist im Rahmen der zu erlassenden Rechtsverordnung von dem hierfür zuständigen Minister zu prüfen (vgl. Art. 80 GG). Die Petition wird deshalb insoweit der Bundesregierung — dem Bundesminister des Innern — als Material überwiesen.

VDFP gegen absolute Zeiterfassung

Zahlreiche Kollegen, die in den Dienststellen UFe und FeE beschäftigt sind, sehen in der weiterhin praktizierten absoluten Zeiterfassung ein Mittel, das nicht nur ausschließlich zur Beurteilung technischer Einrichtungen angewendet wird. Sie vermuten vielmehr, daß die im einzelnen angefallenen Arbeitszeiten zu ihrer dienstlichen Beurteilung, z. B. bei Beförderung, herangezogen werden und dies zur Diskriminierung einzelner Kräfte und unter Umständen ganzer Kräftegruppen führen kann. Der VDFP-Bundesvorstand hat sich deshalb am 28. April 1977 mit folgendem Schreiben an das BPM gewandt und darin die Abschaffung der dauernden Zeiterfassung gefordert:

Die Erfassung von Zeiten in den einzelnen Arbeitsabläufen der Bereiche UFe und FeE wird in zunehmendem Maße problematischer. Mit der Einführung neuer Arbeitsverfahren und der damit verbundenen „totalen Zeiterfassung“ wurden Dispositionsmittel geschaffen, die es ermöglichen, eine ständige Kontrolle auf die Bediensteten auszuüben. Diese Kontrolle geht verschiedentlich sogar so weit, daß es zu einem ungerechtfertigten Leistungsvergleich der Bediensteten untereinander und zueinander kommt. Es ist zu befürchten, daß die Arbeitszeiterfassung künftig eine Grundlage für eine ständige Bemessungskontrolle sein wird.

Als wesentliches Merkmal wurde mit der Einführung neuer Arbeitsverfahren die umfangreiche Erfassung von Daten herausgestellt. Die Erfassung und Auswertung dieser Daten sollte ausschließlich der unmittelbaren Lenkung der Arbeitsabläufe sowie der steten Kontrolle der Wirtschaftlichkeit dienen. Diese Erfolgskontrolle war notwendig,

um die Wirtschaftlichkeit der neuen Arbeitsverfahren nachzuweisen und die technischen Systeme zu beurteilen.

Die VDFP ist der Meinung, daß die vorliegenden Ergebnisse für eine Wirtschaftlichkeitsberechnung völlig ausreichen müßten. Eine stetige Erfassung von Arbeitszeiten ist nach unserer Auffassung unwirtschaftlich, wenn ohnehin feststeht, welche Zeiten auf die einzelnen Arbeitsabläufe entfallen.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse (Durchschnittszeiten) reichen zur Disposition völlig aus. Da ohnehin die Bemessung nach den Bestimmungen der DA Bem A durchzuführen ist und die Bemessungswerte festliegen, kann nach unserer Auffassung auf eine weitere Zeiterfassung in den einzelnen Arbeitsabläufen verzichtet werden. Es kann dahingestellt bleiben, ob es notwendig ist, künftig kurzfristige Erhebungszeiträume festzulegen, in denen erneute Wirtschaftlichkeitsberechnungen durchgeführt werden sollen.

Wir müssen aber davor warnen, die Zeiterfassung als Instrument zur Erstellung von Beurteilungen zu benutzen. Die vorhandenen Dispositionsmittel können sehr leicht für solche Zwecke mißbraucht werden. Die wachsende Unruhe und Unzufriedenheit der Beschäftigten in den Bereichen UFe und FeE läßt darauf schließen, daß die „totale Zeiterfassung“ immer häufiger als Druckmittel und Leistungsvergleich angewendet wird.

Die VDFP fordert daher, die Zeiterfassung in den Bereichen UFe und FeE bis auf einige Erhebungszeiträume, die ausschließlich Wirtschaftlichkeitsberechnungen dienen sollen, abzuschaffen.

Das elektronisch gesteuerte Fernsprechvermittlungssystem EWS

Nach gut zweijähriger Erprobung der EWSO-Technik soll nunmehr im Herbst 1977 in München die erste EWSO-VSt der Regelbauweise in Betrieb genommen werden. Dies erschien der Arbeitsgruppe EWS beim VDFP-Bundesvorstand Anlaß genug, die Notwendigkeit der Einführung und die Probleme der Entwicklung des EWS darzustellen.

Das Fernsprechen hat sich als schnelle und unmittelbare Kommunikation zwischen Gesprächspartnern aus seinen Anfängen bei der Jahrhundertwende mit derartigen Zuwachsraten entwickelt, daß die zunächst ausschließlich manuellen Tätigkeiten des Vermittlers zwangsläufig automatisiert werden mußten.

Die ständig wachsenden Fernsprechbedürfnisse in unserer heutigen Zeit führten verhältnismäßig rasch an die Grenze der Leistungsfähigkeit der vorhandenen ausgereiften elektromechanischen Vermittlungssysteme. Obwohl die volle Automatisierung des Ortsverkehrs sowie des nationalen und vielfach auch internationalen Fernverkehrs erreicht werden konnte, mußten doch schon bald wieder neue Lösungswege erdacht werden, um — unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Betriebes eines Fernsprechvermittlungssystems — zusätzliche Betriebsmöglichkeiten für den Teilnehmer zu schaffen.

Durch die revolutionäre Entwicklung auf dem Gebiet der Halbleitertechnik konnten Gedanken, die einstmals als utopisch verworfen wurden, neu aufgegriffen werden. Die sich überschlagenden Ereignisse in der Technologie elektronischer Bausteine und elektronischer Datenverarbeitungsanlagen sowie die zu erwartende kostengünstige Situation auf dem Fertigungssektor führten sicherlich mit zu der Entscheidung, sich im Bereich Fernmeldetechnik der Erkenntnisse aus der Datentechnik zu bedienen. Eine Entscheidung, die als Meilenstein in der Geschichte der Nachrichtentechnik anzusehen ist.

Folgende Zielvorstellungen galten für die weitere Entwicklung als richtungweisend:

Einheitssystem für die Vermittlungsstellen im Orts- und Fernverkehr.

Zusammenarbeit mit bestehenden Systemen.

Durchschalten der Sprechwege mit quasi voller Erreichbarkeit in Raum- und Zeitvielfachtechnik.

Fernsteuerung abgesetzter Systemteile von unterschiedlicher Größe.

Einsatz wartungsfreier und störungsarmer Funktionsteile.

Neue Betriebsmöglichkeiten für die Verwaltung (freizügige Zuordnung von Rufnummern zur Anschlußlage, Automatisierung betrieblicher Abläufe wie Gebührenerfassung, Störungsneutralisation usw.).

Dabei eröffneten sich immer wieder neue und komfortablere Lösungsvarianten, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen waren, daß der Mensch auf der Suche nach dem „Vollkommenen“, immer mehr Möglichkeiten fand, manuelle Tätigkeiten von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen automatisch bearbeiten zu lassen. Das Speichern der Teilnehmerkartei, der Aufbauunterlagen, der Zählvergleichsdaten, die Erstellung von Statistiken, die automatische Alarmbehandlung und die damit verbundene Fehlerdiagnose mußten mit in das Gesamtkonzept aufgenommen werden. Hieraus entstand ein Konzept zweier Datenverarbeitungsanlagen, die in einem Verbundsystem — ein Vermittlungsrechner für die Fernsprechbelange und ein Bedienungsrechner für die Verwaltungsaufgaben — zusammenarbeiten.

Im Jahre 1974 war die Entwicklung der EWS-Technik soweit ausgereift, daß sich die Deutsche Bundespost entschloß, zwei Versuchsvermittlungsstellen in das bestehende Vermittlungsnetz zu integrieren und in Betrieb zu nehmen. In einer Feierstunde hielt der Minister für das Post- und Fernmeldewesen, Kurt Gscheidle, am 29. August 1974 eine Ansprache mit folgender Einleitung:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Sie heute nach München-Perlach eingeladen, damit wir gemeinsam einen neuen ersten Schritt in die Zukunft der Fernmeldetechnik vollziehen können. In wenigen Minuten wird die erste elektronische Fernsprech-Ortsvermittlungsstelle der Deutschen Bundespost den Betrieb aufnehmen.

Bei solchen Gelegenheiten pflegen die Festredner gern dem staunenden Publikum die Komplexität der neuen Techniken und die zukünftigen Perspektiven der technischen Entwicklung breit und ausführlich darzustellen. Damit will ich Sie nicht langweilen; denn wem — mit Ausnahme der anwesenden Fachleute — sind diese Zusammenhänge, sind die technisch-physikalischen Funktionen eines elektronisch gesteuerten Wählsystems schon durchschaubar?

So möchte ich mich nun dem für Sie sicher interessanteren Aspekt der politischen und wirtschaftlichen Voraussetzung sowie den kostenmäßigen und zeitlichen Dimensionen dieses Projekts zuwenden.

Jede Veränderung an technischen Systemen erfordert hohe Investitionen. Vor jeder technischen Änderung wird deshalb sorgfältig geprüft, ob die als möglich erkannten und in den Forschungsabteilungen bis zur Einsatzreife entwickelten neuen Systeme auf die Dauer wirtschaftlicher arbeiten als die bewährten alten Systeme . . .

An dieser Stelle zeigt sich bereits, welche Überlegungen im Laufe der letzten Jahre mit in die Entwicklung eingeflossen sind:

Das neue elektronische Wählsystem muß unter allen Umständen einem Kostenvergleich mit dem bewährten alten System standhalten.

Die Mehrkosten für eine hochentwickelte Technik können und dürfen aus verständlichen Gründen nicht auf deren Benutzer umgelegt werden.

Auf der Suche nach Fakten, die ein wirtschaftliches Betreiben der neuen Technik fundamentieren sollten, kristallisierten sich neben vielen kleineren und größeren Faktoren zwei Schwerpunkte heraus:

Einsparungen auf dem Hochbausektor, da durch die Kompaktbauweise mit nur etwa 50 vH der bisher benötigten Flächen gerechnet werden muß.

Durch die bereits geschilderte automatische Bearbeitung von Tätigkeiten, die bisher ausschließlich manuell verrichtet werden mußten, ergeben sich gravierende Personaleinsparungen in fast allen Bereichen des Fernmeldewesens.

Das Bedienen und Unterhalten der EWS-Vermittlungsstellen soll von zentralen Fernsprech-Unterhaltungsstellen geleitet und durchgeführt werden. Mit der Unterstützung durch Bedienungsrechner wird ein zentrales Unterhaltungsverfahren angestrebt, welches ermöglicht, Betriebsaufgaben rationell und betriebsfreundlich abzuwickeln.

Unter Berücksichtigung der gegebenen Voraussetzungen und der im Betriebsversuch gesammelten Erfahrungen ist es selbst bei der wohlwollendsten Betrachtungsweise erforderlich, dem manchmal auftretenden euphorischen Optimismus mit dem nötigen kritisch-realistischen Sachverstand entgegenzutreten.

Zieht man eine erste Bilanz aus dem zweijährigen Betriebsversuch, so sind folgende Probleme aufzuzeigen:

Durch die Integration von EWS-Vermittlungsstellen in die bestehende Technik werden eine Vielzahl von Dienststellen — UFe, FeE, Am, Re, Tb, BF, PIF usw. — berührt, die ihre bestehende Ablauforganisation an die neue Technik anpassen werden müssen.

Für den technischen Bereich zeigt sich, daß zur Bewältigung von Problemen noch ein besonderer Einsatz des Personals unerlässlich ist.

Die für die Einführungsphase vorgegebenen Bemessungswerte beruhen auf einem unterstellten Personalbedarf.

Für das Personal wird zur Zeit mit einer personengebundenen Bewertung gearbeitet, die auf den späteren Wirkbetrieb nicht zu übertragen ist.

Die Anforderungen an die Funktionsträger sind erheblich gestiegen, so daß erstmalig für den Betriebsbereich UFe umfangreiche Vor- bzw. Fortbildungsmaßnahmen notwendig sind. Hierbei hängt viel von der Bereitschaft des einzelnen ab, sich in seiner Denk- und Arbeitsweise nochmals völlig umzustellen und sich der neuen Technik anzupassen.

Diese nur in Stichworten aufgezeigte Problematik läßt erkennen, daß Ausbildung, Bemessung, Bewertung und Rationalisierung von allen Beteiligten höchst sorgfältig ausgewertet werden müssen. Das heißt, eine endgültige Lösung der Probleme muß den neuen Voraussetzungen voll entsprechen, selbst wenn dies grundlegende Änderungen erfordert.

Die VDFP wird sich deshalb auch in EWS-Fragen immer angesprochen fühlen, um konstruktive Beiträge zu erarbeiten, die den Auf- und Ausbau der EWS-Technik unter Einbeziehung personeller und betriebswirtschaftlicher Aspekte fundamentieren oder aber entsprechende Änderungen herbeiführen.

Arbeitsgruppe EWS beim VDFP-Bundesvorstand

Neue Bezirksvereinigungen

Im großen Hörsaal der Fachhochschule beim FA 4 Berlin fand am 18. Februar 1977 die Gründungsversammlung der BV Berlin statt.

Am 15. April 1977 wurde im großen Saal des „Conventgarten“ in Rendsburg die BV Schleswig-Holstein gegründet.

Bei beiden Veranstaltungen referierte Bundesvorsitzender Karl Fischer über den *Werdegang der Berufsgruppenvertretung VDFP*, über *aktuelle Laufbahnfragen* und die *Auswirkungen der derzeitigen Rationalisierungsmaßnahmen auf den BfT-Dienst*. Während in Berlin der stellv. Bundesvorsitzende Andreas Damian den Ver-

sammlungsteilnehmern *Tätigkeitsfeld und Ziele der VDFP* erläuterte, fand auch der Vortrag des stellv. Bundesvorsitzenden Paul Kutz über *Bedeutung und Aufgaben der Bezirksvereinigungen* in Rendsburg starken Anklang.

In Berlin wie in Rendsburg lösten die Referate der Bundesvorsitzenden lebhaft Diskussionen aus und hatten somit zu den Gründungen der BV Berlin und der BV Schleswig-Holstein entscheidend beigetragen.

Wir wünschen den Bezirksvorständen Berlin und Schleswig-Holstein für die kommenden Aufgaben und für die weitere Entwicklung ihrer Bezirksvereinigungen viel Erfolg.

Ergebnisse der Wahlen zu den neuen Bezirksvorständen:

Bezirksvorstand Berlin

Vorsitzender	Peter Behrend	FA 4 Berlin
Stellvertreter	Klaus Noack	FA 4 Berlin
Schriftführer	Horst Richter	FA 3 Berlin
Stellvertreter	Hans-Dieter Ulrich	FA 2 Berlin
Kassierer	Hans-Joachim Karas	FA 3 Berlin
Stellvertreter	Lothar Rau	FA 4 Berlin
Beisitzer	Rainer -Michael Görnitz	FA 4 Berlin
	Kurt Götting	FA 3 Berlin
	Peter Bühnemann	FA 4 Berlin
	Manfred Schiffler	FA 4 Berlin
	Peter Schulz	FA 3 Berlin
	Helmut Diebel	FA 1 Berlin
	Jürgen Schulze	FA 1 Berlin
	Hans Röder	FA 2 Berlin
	Werner Molling	FA 2 Berlin
	Udo Ludwig	FA 2 Berlin
	Günter Konrad	FA 3 Berlin

Zu Kassenprüfern wurden Günter Mayerhauser (FA 2 Berlin) und Manfred Brückner (FA 4 Berlin) gewählt.

Bezirksvorstand Schleswig-Holstein

Vorsitzender	Herbert Pröck	FA Flensburg
Stellvertreter	Heinz Preiß	FA Flensburg
	Arno Westphal	FA Kiel
Schriftführer	Jürgen Blinde	FA Kiel
Stellvertreter	Jürgen Austen	FA Kiel
Kassierer	Helmut Büttner	FA Kiel
Stellvertreter	Wolfgang Diercks	FA Kiel
Beisitzer	Manfred Prieg	FA Heide
	Günther Schmidt	FA Flensburg
	Hans-Chr. Feddersen	FA Flensburg
	Otto Wiese	FA Kiel
	Hans Sellmer	FA Kiel
	Gerd Fehrs	FA Kiel
	Heinz Jochimsen	FA Kiel
	Rudolf Boenigk	FA Kiel
Stellvertreter	Günter Wischnewske	FA Kiel
	Klaus Radzuweit	FA Flensburg

Als Kassenprüfer fungieren Heinrich Stange und Hans-Jürgen Rohwedder (beide FA Kiel).

Arbeitsgruppen beim Bundesvorstand

Zur Zeit bestehen beim VDFP-Bundesvorstand folgende Arbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe UFe

Andreas Damian	BV Rheinland
Herbert Dissen	BV Rhein-Ruhr
Wolfgang Schöne	BV Bremen
Franz Roschkowski	BV Dortmund

Arbeitsgruppe Fus

Walter Nickel	BV Bremen
Rolf Troitzsch	BV Nordwürttemberg
Martin Selzer	BV Nordwürttemberg
Reiner Weppler	BV Rhein-Ruhr
Helmut Hoffmann	BV Nürnberg
Eugen Hoffner	BV Hessen

Arbeitsgruppe FeE

Josef Rieger	BV Hessen
Wilhelm Hartmann	BV Hessen
Heinz Kunda	BV Rhein-Ruhr
Werner Fries	BV Rheinland

Arbeitsgruppe L (BBz/TBz)

Klaus Lippke	BV Rhein-Ruhr
Horst Knape	BV Rhein-Ruhr
Dieter Bauer	BV Nordwürttemberg
Otto Würz	BV Rheinland

Arbeitsgruppe EDS

Reinhold Hackspacher	BV Nordwürttemberg
Manfred Prieg	BV Hamburg
Hans Lacher	BV Nürnberg
Heinrich Erhart	BV Nordbaden
Klaus Tschepe	BV Hessen

Arbeitsgruppe EWS

Rudolf Ladewig	BV Nordwürttemberg
Ralf Laich	BV Nordwürttemberg
Georg Hinterbrandner	München

Arbeitsgruppe Pt

Erich Borgett	BV Saarbrücken
Werner Schäfer	BV Saarbrücken

Arbeitsgruppe FeÜ

Paul Heil	BV Hessen
Kurt Bac	BV Hessen
Karl Heinz Bischoff	BV Nordwürttemberg
Horst Zander	Münster
Norbert Richter	BV Nordwürttemberg

Die Arbeitsgruppen befassen sich mit Laufbahnproblemen in den speziellen Tätigkeitsbereichen. Sie erstellen Arbeitsunterlagen und Empfehlungen für den Bundesvorstand.

Die Mitglieder der VDFP sind aufgerufen, die Arbeitsgruppen bei ihrer Tätigkeit durch aktive Mitarbeit und Anregungen tatkräftig zu unterstützen.

Aus den Bezirken**HAMBURG****Nachruf**

Im Alter von 47 Jahren verstarb am 8. März 1977 unser Kollege Günter Schmidt, Mitglied des Bezirksvorstandes der BV Hamburg.

Mit Günter Schmidt hat die VDFP einen aufgeschlossenen und zielstrebigem Verfechter der Interessen des mittleren fernmeldetechnischen Dienstes verloren.

Sein erfolgreiches Wirken für die VDFP wird uns stets an ihn erinnern.

Bezirksvorstand Hamburg

PFALZ

Die Jahreshauptversammlung der BV Neustadt/Weinstraße, die am 12. März 1977 in der Winzergenossenschaft Haardt stattfand, stand ganz im Zeichen der Zuordnung zum OPD-Bezirk Karlsruhe.

Zu den anstehenden Problemen für den mittleren technischen Dienst, hervorgerufen durch die Zusammenlegung der bisherigen OPD-Bezirke Karlsruhe und Neustadt, referierte Dipl.-Ing. Weislogel, Vizepräsident der OPD Karlsruhe. Anhand von Daten über den Personalbestand in den fünf FA-Bereichen des OPD-Bezirks Karlsruhe zeigte er einen realistischen Querschnitt zur Situation des BfT-Dienstes aus der Sicht der Verwaltung auf, der für die Betroffenen wenig Erfreuliches erhoffen läßt.

Bundesvorsitzender Karl Fischer appellierte bei seiner Stellungnahme zur augenblicklichen Lage aus der Sicht der VDFP an die Verwaltung der Deutschen Bundespost, die Anforderungen an den mittleren technischen Dienst endlich in gebührender Weise und vor allem leistungsgerecht zu honorieren.

Beide Vorträge führten eine eindrucksvolle Diskussion herbei, an der sich auch die Gäste aus der BV Nordbaden rege beteiligten.

Durch die Auflösung der OPD Neustadt, und nachdem im jetzigen OPD-Bezirk Karlsruhe bereits die BV Nordbaden besteht, war es erforderlich geworden, die Bezeichnung für die BV Neustadt zu ändern. Auf Beschluß der Jahreshauptversammlung wurde die bisherige BV Neustadt in „BV Pfalz“ (Sitz Neustadt/Weinstraße) umbenannt.

Bezirksvorstand Pfalz

SÜDBAYERN**OV Allgäu gegründet**

Die erste Jahreshauptversammlung der BV Südbayern wurde am 19. April 1977 in der Kantine des FA Kempten veranstaltet.

Bezirksvorsitzender Jörg Sopp konnte neben den zahlreichen Mitgliedern auch den stellv. Bundesvorsitzenden Andreas Damian begrüßen, der bei seinem Vortrag zum Thema „Ist die Technikerlaufbahn tot?“ die Problematik zur Laufbahneuordnung aufzeigte. Er berichtete, daß sich derzeit nur das wenig oder keine Kosten verursachende in der politischen Diskussion befindet. Doch lasse der Bericht der Dienstrechtskommission und das Aktionsprogramm des BMI zu den Fragen der leistungsgerechten Bezahlung, der Durchlässigkeit der Laufbahnen sowie der Anerkennung der Berufserfahrung als zusätzlichen Faktor der Tätigkeitsbewertung einige akzeptable Lösungsvorschläge erkennen.

Einen kurzen Überblick zum Entstehen und der Entwicklung der VDFP in Südbayern und in Kempten gab der stellv. Bezirksvorsitzende Harro Enzensberger. Eine im Oktober 1976 veranstaltete Werbeaktion hat im FA-Bereich Kempten einen bedeutenden Mitgliederzuwachs gebracht.

Mit im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung stand die Gründung der OV Allgäu — Zuständigkeitsbereich FA Kempten. In den Ortsvorstand Allgäu wurden gewählt:

Vorsitzender	Harro Enzensberger	Kempten
Stellvertreter	Helmut Kleber	Kempten
Schriftführer	Fritz Reichle	Memmingen
Stellvertreter	Helmut Heckenberger	Sonthofen

Anschrift:

VDFP
OV Allgäu
Bussardweg 8
8960 Kempten

Bezirksvorstand Südbayern

Nächster Redaktionsschluß: 15. 8. 1977!

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V.
— Der Bundesvorstand — 6 Frankfurt am Main 1, Postfach 45 24
Redaktion: Bezirksvorstand Stuttgart. Kasse: Adolf Schmauder.
Gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP dar
Herstellung: Druckerei G. Schopf, 7016 Gerlingen 1, Benzstraße 4